Vollzug der Wassergesetze;

Teilverrohrung des Winkelgrabens auf dem Grundstück Fl.-Nr. 508 der Gemarkung Deffingen im Zuge von Umbauarbeiten der Hof- und Verkehrsflächen beim Paketzentrum 89 Günzburg (vorgezogene Teilbaumaßnahmen 2019, Ausbau 100-er Torseite) durch die Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH, Bonn

Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zur Ermittlung einer etwaigen Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung

Merkmale des Vorhabens:

Die Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH, Bonn, hat beantragt, im Zuge von Umbauarbeiten der Hof- und Verkehrsflächen beim Paketzentrum 89 Günzburg eine Teilverrohrung des Winkelgrabens (Fl.-Nr. 508 Gemarkung Deffingen) vorzunehmen. Für diese Maßnahmen soll eine wasserrechtliche Plangenehmigung erteilt werden.

Im Rahmen des wasserrechtlichen Verfahrens hat das Landratsamt Günzburg nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung - UVPG - durch eine allgemeine Vorprüfung (§ 7 UVPG - mit der Anlage 1 zum UVPG) zu entscheiden, ob die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht oder nicht.

Die vom Landratsamt Günzburg durchgeführte Vorprüfung ergab, dass das geplante Vorhaben unter Berücksichtigung von § 7 UVPG und den Kriterien in der Anlage 3 zum UVPG keine erheblich nachteiligen Auswirkungen hat, die bei der Zulassungsentscheidung nach § 25 Abs. 2 UVPG zu berücksichtigen wären.

Wesentliche Gründe für das Nicht-Bestehen einer Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung im konkreten Fall:

Im Wasserrechtsverfahren wurden Unterlagen zur Umweltverträglichkeits-Vorprüfung zu den verfahrensgegenständlichen Maßnahmen vorgelegt und vom Landratsamt Günzburg in Zusammenarbeit mit den Fachbehörden geprüft. Es wurden unter anderem folgende für den konkreten Einzelfall einschlägige wesentliche Kriterien, Merkmale des Vorhabens und des Standorts sowie Vorkehrungen in die Bewertung einbezogen.

Standort des Vorhabens: (wesentliche Kriterien)

- Es sind keine besonderen Standortkriterien im Sinne des UVPG betroffen

Art und Merkmale der Auswirkungen (wesentliche Kriterien):

Prüfungskriterien	Erläuterung	Bewertung
Größe und Ausgestaltung des gesamten Vorhabens und, soweit relevant, der Abrissarbeiten	Insgesamt entstehen 21 m neue Verrohrung des Winkelgrabens, wovon 4 m der Altverrohrung ausgetauscht werden	keine erheblichen Auswirkungen
Zusammenwirken mit anderen bestehenden oder zugelassenen Vorhaben und Tätigkeiten	Das Vorhaben ist Bestandteil der in Genehmigung befindlichen Um- und Ausbaumaßnahmen am Paketzentrum	keine erheblichen Auswirkungen
Nutzung natürlicher Ressourcen, insbesondere Fläche, Boden,	Fläche und Boden: Auf einer Länge von 17 m entsteht eine neue Verrohrung des Winkelgrabens, welche nur	keine erheblichen Auswirkungen

Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt	eine kleine Fläche beansprucht und nur eine Verlängerung einer bestehenden Verrohrung DN 1200 darstellt. Auch die übrigen natürlichen Ressourcen Wasser, Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt werden nicht erheblich beansprucht.	
Erzeugung von Abfällen im Sinne von § 3 Abs. 1 und 8 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes	Eine umweltrelevante Erhöhung der Abfälle durch das Vorhaben ist nicht zu erwarten. Die auszutauschende Länge von 4 m Betonrohr wird ordnungsgemäß auf zugelassener Deponie entsorgt.	keine erheblichen Auswirkungen
Umweltverschmutzungen und Belästigungen	Eine Zunahme von Emissionen und Immissionen (z. B. Lärm) ist durch die Maßnahme allenfalls im geringen Umfang bauzeitlich zu erwarten.	keine erheblichen Auswirkungen
Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen, die für das Vorhaben von Bedeutung sind, einschließlich der Störfälle und Katastrophen, die wissenschaftlichen Erkenntnissen zufolge durch den Klimawandel bedingt sind, insbesondere mit Blick auf: verwendete Stoffe und Technologien die Anfälligkeit des Vorhabens für Störfälle im Sinne des § 2 Nr. 7 der Störfall-Verordnung, insbesondere aufgrund seiner Verwirklichung innerhalb des angemessenen Sicherheitsabstandes zu Betriebsbereichen im Sinne des § 3 Abs. 5a des Bundesimmissionsschutzgesetzes	Für die Baumaßnahme werden keine gefährlichen Stoffe oder Technologien verwendet Es besteht kein besonderes (Unfall-)risiko.	keine erheblichen Auswirkungen
Risiken für die menschliche Gesundheit, z. B. durch die Verunreinigung von Wasser oder Luft	Ein Risiko für die menschliche Gesundheit durch die Maßnahme besteht nicht. Baugeräte werden die Maßnahme vom parallel liegenden Fahrbahnrand ausführen.	keine erheblichen Auswirkungen
Art und Ausmaß der Auswirkungen, insbesondere, welches geographische Gebiet betroffen ist und wie viele Personen von den Auswirkungen voraussichtlich betroffen sind	Das Vorhaben hat aufgrund seiner Merkmale und seinem Standort keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und den Menschen.	allgemeine negative Auswirkungen sind nicht zu erwarten
etwaiger grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen	Ein grenzüberschreitender Charakter der Auswirkungen ist nicht gegeben.	keine erheblichen Auswirkungen
Schwere und Komplexität der Auswirkungen	Negative Auswirkungen sind nicht zu erwarten	keine erheblichen Auswirkungen
Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen	Das Vorhaben hat aufgrund seiner Merkmale und seinem Standort keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und den Menschen. Daher erübrigt sich die Prüfung der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen.	
voraussichtlicher Zeitpunkt des Eintretens sowie der Dauer, Häufigkeit und Umkehrbarkeit der Auswirkungen	Das Vorhaben hat aufgrund seiner Merkmale und seinem Standort keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und den Menschen. Daher erübrigt sich die Prüfung der Wahrscheinlichkeit von Auswirkungen.	

Zusammenwirken der Auswirkungen mit den Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben	Das Vorhaben hat aufgrund seiner Merkmale und seinem Standort keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und den Menschen. Auch ist kein Zusammenhang mit Auswirkungen anderer bestehender oder zugelassener Vorhaben erkennbar. Die Verlängerung der bestehenden Verrohrung bedeutet wegen der bestehenden Vorbelastung durch die bereits bestehende Querung und durch die angrenzenden Verkehrsflächen keine gravierende Verschlechterung der bereits reduzierten Biotopqualität an diesem Standort. Einen gewissen Ausgleich erfährt der zusätzliche Eingriff durch eine im Zuge der vorgesehenen Gesamtausbaumaßnahme des Paketentrums geplante Grabenaufweitung des Winkelgrabens im Norden im Rahmen des dafür entwickelten Naturschutzkonzeptes	keine erheblichen Auswirkungen
Möglichkeit, die Auswirkungen wirksam zu vermeiden	Das Vorhaben hat aufgrund seiner Merkmale und seinem Standort keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt und den Menschen.	

Zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung: Eine im Sinne des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes erhebliche zusätzliche oder andere erhebliche Umweltauswirkung ist nicht gegeben. Es handelt sich bei dem Vorhaben um einen relativ geringen Umwelteingriff von geringer Auswirkung.

Eine förmliche Umweltverträglichkeitsprüfung ist deshalb nicht erforderlich. Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar (§ 5 Abs. 3 UVPG).

Az. 6410.3/2
Günzburg, 21.10.2019
Kaufmann